DIE LINKE

Mai 2016

Ortsverband Rottenburg
Hirrlingen Starzach Neustetten
www.die-linke-rottenburg.de

Neues aus dem Neckartal
in Farbe jetzt auch auf
www.tuebingen.die-linke-bw.de

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Armut bedroht Deutschlands Zukunft

Regierung weiterhin realitätsblind!

In der siebten Tübinger Vesperkirche wurden in vier Wochen 12.000 warme Essen ausgegeben und Angebote wie kostenlose Friseur-, Massage-, Fußpflege- und Arzttermine angeboten.

Das große Engagement von Diakon Peter Heilemann, Heide Mattheis (Rottenburg) und vielen Ehrenamtlichen in den Vesperkirchen ist Vorbild für die öffentliche Verantwortung gegenüber Armut, wie sie der Landesfamilienrat Baden-Württemberg von der Politik einfordert. **Denn im reichen Ländle herrscht bei jeder siebten Familie und bei fast jedem fünften Kind Armut,** so die Caritas.

Obwohl die Wirtschaft brummt, steigt die Armutsquote im Landkreis Tübingen von 11,4 (2009) auf 12,2 Prozent (2014). Das belegt der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Regierungspolitiker be-zeichnen dies als „Skandalisierung“ oder wollen Armut bei uns überhaupt leugnen. Bundesweit haben Bayern und Nordrhein-Westfalen den höchsten Anstieg. 3,4 Millionen RentnerInnen sind betroffen, die Armutsquote von Minderjährigen liegt bei 19 Prozent, bei Alleinerziehenden sogar 42 Prozent.
Dies ist ein Armutszeugnis für CDU, SPD und Grüne, die seit Jahren Programme gegen die Verarmung ablehnen, damit sie ihre katastrophalen Feh-



ler bei den Hartz-Gesetzen, bei Leiharbeit und Werkverträgen nicht zugeben müssen. Außerdem werden Vermögen und Profite ihrer reichen Spender geschont. **Die Berechnungsgrundlage für die aktuellen Hartz-IV-Sätze stammt von 2008, aber Andrea Nahles (SPD) verschleppt seit acht Jahren eine Neuberechnung!**

Seit 1984 gelten in der EU die als arm, „die über so geringe (ökonomische, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat“ existiert. Armut bedeutet gesellschaftliche Ausgrenzung. Sie „gefährdet in Zeiten des demografischen Wandels mehr denn je auch die Zukunftschancen der Gesellschaft“, so der Bericht von Ulrich Bürger kürzlich im Kreistag.

Laut Deutschem Paritätischem Wohlfahrtsverband ist das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) gescheitert, um Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen: „Kein junger Mensch darf verloren gehen.“ (U. Bürger)

Aber die Armut betrifft nicht nur die einzelnen Menschen. Sie betrifft unser ganzes Land. Deutschland hat kaum Bodenschätze. Unser Reichtum sind die Menschen mit ihrer Bildung, ihrem Erfindergeist und ihrem Engagement. 2,5 Millionen Kinder wachsen >>>

Lesen Sie weiter:

Oh, wie schön ist Panama Seite 3

Kreuzerfeld-Süd im Stadt-Verkehrsschatten Seite 4

Stuttgart 21 und Kretschmann Seite 5

Sanktionsfreie Grundsicherung statt Hartz IV Seite 7

Hoch wohnen und tief eingraben Seite 8

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

in Armut und mit geringer Bildung auf. Gut gebildet könnten sie Milliarden erwirtschaften. **Aber dieses Potenzial wird verschleudert. Dafür kosten Armut und Sozialhilfe Milliarden an staatlichen Geldern.**

Menschen in guter Arbeit bei guten Löhnen schaffen Binnenkonjunktur, statt der Konjunktur Milliarden zu entziehen.

Hinzu kommt:
Der Steuerbetrug einiger Superreicher (Luxemburg, Panama usw.) entzieht unserem Land Milliarden Euro an notwendigen Investitionen für die Infrastruktur (z.B. Straßen, ÖPNV, Gebäuden) und für Soziales (Personal für Kitas, Krankenhäuser, Schulen).
Deshalb kommt Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) - wahrlich keine sozialistische Kaderschmiede - in seinem Buch Verteilungskampf“ (2016) zum Schluss, dass Deutschlands Zukunft durch die wachsende Armut gefährdet wird.



Von allen Industrieländern hat Deutschland die schärfste Spaltung in Arm und Reich. Die „soziale Marktwirtschaft“ Ludwig Erhards mit ihrer Ideologie vom Aufstieg durch Leistung und Bildung ist längst vorbei: „Nirgendwo schaffen weniger Kinder den sozialen Aufstieg. Nirgendwo gehen weniger Arbeiterkinder zur Universität. Nirgendwo verbleibt Reichtum so oft über Generationen hinweg in denselben Familien. Nirgendwo bleibt Arm so oft Arm und Reich so oft Reich. Und das schadet diesen Einzelpersonen, der Wirtschaft, der Gesellschaft und Demokratie im Lande, kurzum: uns allen.“



Übereinstimmend fordern DGB und Arbeitgeberverband (BDA) einen „Aktionsplan gegen Kinderarmut“ in Höhe von 280 Mio. Euro.

Aber auch die Stadt Rottenburg muss Maßnahmen gegen Armut beschließen: Gebührenfreie Bildung für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft, d.h. gebührenfreie Krippen und Kitas! Beseitigung von Niedriglöhnen bei Beschäftigten der Stadt, besonders bei Erzieherinnen! Mobilität durch ein (kreisweites) Sozialticket, um soziale und gesellschaftliche Teilnahme von Arbeitslosen, Armen und RentnerInnen zu ermöglichen! Bezahlbaren Wohnraum durch preiswerte Mietwohnungen!

Solange die Steuersümpfe in Luxemburg, Lichtenstein und Panama weiter existieren, soll niemand sagen, wir hätten dafür kein Geld. Die Millionärssteuer beseitigt Staatsschulden, schafft Investitionen und Arbeit – sie schafft Zukunft!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Haus der Nachbarschaft: Neue Chancen

DIE LINKE fordert neue Diskussion

Angeregt von der April-Ausgabe unseres Blättles machte die Redaktion der Rottenburger Post eine Umfrage zum Diskussionsstand über das Nachbarschaftshaus im Kreuzerfeld-Süd.

Auch hier spielt die Stadt auf stur, nachdem sie keine Subvention für ihr Alternativkonzept am Rand der Alten Weilerstraße erhalten hat. Damit sei für sie das Nachbarschaftshaus gestorben, ließ sie im Gemeinderat wissen. Ohnehin hatte der Förderverein dieses Konzept der Stadt einstimmig abgelehnt und am Grundstück



12 608 als Standort festgehalten. Jetzt fordert nicht nur ***DIE LINKE***, sondern auch die SPD – aufgeschreckt durch ihre katastrophalen Wahlergebnisse – eine erneute Diskussion, spätestens bei der Klausurtagung „Wohnen und Arbeiten“ im Juli. Bis dahin darf man gespannt auf die neue Oppositionsrolle der SPD und auf Nehers Konzept einer „sozialen Stadt“ warten. Im Vorfeld könnte die Stadt sich ja schon etwas zur Verbesserung der Verkehrsanbindung dieses größten Stadtviertels der Kernstadt ausdenken (siehe Gastbeitrag von Anne Müller auf Seite 4)!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



Oh, wie schön ist Panama!

Millionärssteuer, um den Steuersumpf trockenzulegen!

Mit einigen hundert Milliarden Steuergeldern hat die Bundesregierung in der Finanzkrise 2008/09 „systemrelevante Banken“ gerettet. Über Nacht stand das Rettungspaket, häufig von Bankern selbst geschrieben. Durch die Enthüllungen über die Briefkastenfirmen von Mossack Fonseca (Panama-Papers) wird jetzt klar, dass sechs der sieben größten deutschen Banken – insgesamt sind mindestens 28 deutsche Banken verwickelt - 1.200 Briefkastenfirmen gegründet haben, um einer superreichen Elite Steuerbetrug zu ermöglichen. Darunter sind die Deutsche Bank, Commerzbank, die Bayern Landesbank, die Hamburger Berenberg Bank und die Landesbank HSH.

Briefkastenfirmen werden von Reichen nicht nur benutzt, um Steuern zu hinterziehen. Mit Geldern dieser „Firmen“ werden Waffen- und Drogengeschäfte, Geldwäsche, Spekulationen auf Nahrungsmittel oder Immobilienkäufe finanziert. Auftraggeber und Mittelsmänner bleiben im Dunkeln, die Profite auch.
Tausende Superreiche haben in ihrer weltfernen Parallelgesellschaft wohl die Bananenkiste aus Janoschs Kinderbuch als Idee missverstanden, aus Deutschland eine steuer- und gesetzlose Bananenrepublik für eine selbstherrliche Elite zu machen.

Beispiele: Laut NDR hat ein russischer Staatsmanager mithilfe der Briefkastenfirma „Varmont Solicitors“ (Brit. Jungferninseln) mehrere Häuser in Toplage in Bremerhaven, Wilhelmshaven und Leipzig gekauft. Mitfinanziert wurde dies vom Versorgungswerk der Zahnärzte Nordrhein (Düsseldorf). Über die exklusive Berenberg Bank (Hamburg) mit ihren Offshore-Konten wickelte ein Siemens-Manager Schmiergelder in Höhe von 15 Mio. Dollar ab. Die Panama-Papers enthalten auch die Namen des Hühnerbarons Anton Pohlmann, des früheren Lotto-Chefs in Niedersachsen Rolf Stypmann und tausend weiterer Deutscher.

Deutschland ist eine Steueroase
„Panama ist riesengroß“, titelte „Das Parlament“, die Wochenzeitung des Deutschen Bundestags. Denn **Deutschland steht in der Rangliste der größten Steueroasen weit vor Panama!** Minister wie Schäuble (CDU) und Maas (SPD) behaupten, sie würden jetzt schonungslos gegen den Betrug durch „Steueroasen“ vorgehen. Dabei empfiehlt Mossack Fonseca US-Millionären, in deutsche Pflegeheime, Hotels und Supermärkte zu investieren. Die Grundstücke von Aldi, Netto, Lidl und Rewe gehören zu 93 Prozent einem britischen Immobilieninvestor, zu sieben Prozent einer Briefkastenfirma. **Durch diesen Share-Deal (Abtrennung von Grundstück und Geschäft) wird die Grunderwerbssteuer gespart, weil nur Unternehmensanteile verkauft werden!**



Allein in Berlin gibt es etwa 5.000 Grundsteuerkonten von Briefkastenfirmen in bekannten Steueroasen (u.a. Niederlande, Luxemburg). Der Gebäudewert ist „Geschäftsgeheimnis“, so der Berliner Finanzsenat. **Grundsätzlich gilt: Wer in Deutschland als Steuerausländer gilt, braucht keinerlei Zinserträge an den deutschen Staat zu zahlen.**
Über eine Briefkastenfirma in Panama mit einem Panama-Direktor als Strohmann sparen tausende reiche Deutsche somit Steuermilliarden. Dies wird sogar von Regierenden bei uns gefördert, wenn in den Steuerbehörden massiv Personal abgebaut wird und wie in Bayern ein Steuerprüfer 828 Betriebe zu kontrollieren hat (Markus Meinzer, Steueroase Deutschland, 2016). In Hessen wurden sogar vier engagierte Steuerfahnder wegen angeblicher Paranoia zwangspensioniert. Angesichts dieses Steuerbetrugs ist das „Transparenzregister“ von Maas (SPD) eine Lachnummer: Wer weniger als 20 Prozent an einer Firma hält, wird gar nicht erst ins Register aufgenommen. Teilt eine fünfköpfige Millionärsfamilie das Unternehmen unter sich auf, erscheint es nicht im Register.

Millionärssteuer jetzt!
Doch woher stammen die Panama-Milliarden der deutsche Superreichen, die in den letzten Jahren ein Privatvermögen von fast sechs Billionen Euro angehäuft haben, dem Dreifachen der aktuellen Staatsverschuldung?
Schröders rot-grüne Regierung hat die Kapitalertragssteuer (z.B. auf Aktiengewinne) für Millionäre drastisch von 42 auf auf klägliche 15 Prozent gesenkt. Die „frei gewordenen“ Steuermilliarden fehlen in unseren öffentlichen Haushalten, um Wohnungen, Schulen, Kitas und Personal zu finanzieren. Deshalb sind die „Transparenzregister“ solange Augenwischerei, bis sie ergänzt werden durch die Einführung einer Vermögenssteuer ab der zweiten Million. Als Landessteuer kommt sie direkt Ländern und Kommunen zugute. **Damit schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe: Keine Milliarden mehr für die Spekulation mit Kriegswaffen, Drogen und Nahrungsmitteln über Briefkästen (Luxemburg, Panama, Lichtenstein), dafür Abbau des Investitionsstaus von 132 Milliarden auf kommunaler Ebene!**
Unterstützt die Unterschriftensammlung: **Steuerflucht-Skandal muss politische Konsequenzen haben!**
Die "Panama-Enthüllungen" haben noch mal klar gemacht: Steuerflucht und Steuerhinterziehung müssen endlich wirksam bekämpft werden. Auch in Deutschland! Experten schätzen, dass mindestens 400 Milliarden Euro deutsches Schwarzgeld weltweit in Steueroasen liegt. So darf es nicht weitergehen!

Daher fordere ich die Bundesregierung auf: **Ergreifen Sie endlich Maßnahmen, um Steueroasen wirksam trocken zu legen. Steuerflucht muss konsequent bekämpft werden.** Banken, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, muss ihre Banklizenz entzogen werden. Sorgen Sie dafür, dass künftig auch die Reichen und Superreichen in diesem Land endlich richtig besteuert werden!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

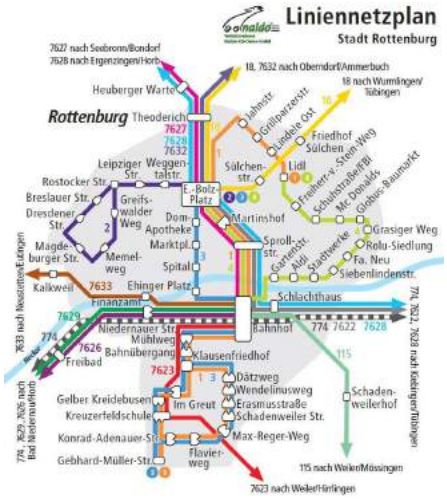
Mobil für die Zukunft?

Kreuzerfeld-Süd im Stadt-Verkehrsschatten

Wer im Kreuzerfeld-Süd nicht rund um die Uhr ein eigenes Fahrzeug zur Verfügung hat, braucht entweder nette Nachbarn oder eine gute Kondition – am besten beides. Denn beim öffentlichen Nahverkehr der Stadt Rottenburg liegt einiges im Argen.

Verwundert sieht der wartende Fahrgast an der Haltestelle „Gebhardt-Müller-Straße“ die Linie 7623 von Weiler zum Bahnhof, meist nur wenig besetzt, vorbeifahren.

Lässt sich der Berufs- und Familienalltag in den späteren Morgen- und Nachmittagsstunden noch eben mit den Buszeiten der Stadtlinien 1 und 3 vereinbaren, wird dies in den beruflichen Stoßzeiten und am Wochenende zur kaum leistbaren Herausforderung.



Optisch durchaus beeindruckend

So pausiert in Schulzeiten mittags der Stadtverkehr, da er zur Schulversorgung eingesetzt wird. Auch abends ist Eile angesagt, der letzte Stadtbus nimmt gegen 17.40 Uhr seine Fahrt vom Eugen -Bolz -Platz auf. Am Samstag muss der Kaffee auf dem Markt schnell getrunken werden, die Stadtlinien stellen ihren Betrieb gegen Mittag ein.

Am Sonntag sollte man die Naherholung am besten gleich im Kreuzerfeld / Süd planen, der Stadtbus bewegt sich gar nicht.

Ein modernes städtisches Mobilitätskonzept sieht anders aus.

Hier muss sich etwas ändern, dringend.

Was bleiben sollte: die Kundenfreundlichkeit und zuvorkommende Haltung der allermeisten städtischen Busfahrer/innen. Dank und Kompliment!

Gastbeitrag von **Anne Müller,** Rottenburg



Tübingen

Europaplatz - Demo - 10.30 Uhr

Marktplatz - Kundgebung mit Prof. Dr. Stefan Sell

Hochschule Koblenz

und **Maifest** - 11.00 Uhr

Einstufung der Erzieherinnen

Wie lange spielt die Stadt auf stur?

Am 10.Mai soll der Gemeinderat endlich über die tarifgerechte Einstufung der Erzieherinnen verhandeln. Im Dezember hatte die Große Koalition aus CDU, SPD und Grünen dies abgelehnt. Stattdessen hatten sie einen „Prüfauftrag“ durchgesetzt, ob man Erzieherinnen auch nach S5 einstufen könne und welche Kosten auf die Stadt zukommen.

In bester neoliberaler Manier verstieg sich Jörg Bischof (Grüne) zur Behauptung, man könne Erzieherinnen erst nach S6 einstufen, wenn die Stadt die jahrelang verschleppten



Investitionen finanziert habe. Na, dann gute Nacht! Zuvor hatten die Erzieherinnen aus der Hohenberg -Kita und der Klause mit Briefen und guten Argumenten an die Stadt und die Gemeinderäte ihre Höhergruppierung gefordert. Selbst der Zweckverband katholische Kindergärten, der in Rottenburg bisher nach S3 einstuft, hatte die Stadt bereits im Januar 2015 zur Höhergruppierung nach S6 aufgefordert:

„Unabhängig von den aktuellen Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung ist eine Eingruppierung in S6 (neu S8a) auch aufgrund der gesetzlichen und gesellschaftlich gestiegenen Anforderungen im Kindergartenbereich geboten.“

Aber offensichtlich kennen die Stadt als Mitglied im kommunalen Arbeitgeberverband und die Gemeinderäte von CDU, SPD und Grünen diese gesetzlichen Anforderungen nicht!

Sie blamieren lieber das Ansehen der „sozialen Stadt“ (OB Neher)

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Stuttgart 21 und Kretschmann

Am 16.08.2010 schallte während einer Montagsdemo eine kämpferische Rede über den Stuttgarter Bahnhofsvorplatz:

„Wir stehen hier auf dem Platz, wo die Verantwortlichen von Stuttgart 21 rücksichtslos versuchen Fakten zu schaffen, mit Baggern und Abrissbirne soll in den nächsten Monaten ein Milliardengrab geschaufelt und Stuttgart 21 unumkehrbar gemacht werden. Wir kämpfen erbittert dagegen, weil dieses Projekt eine Reichweite von mindestens 20 Jahren haben wird und in ganz dramatischer Weise die Verkehrspolitik, die Finanzen und die Politik insgesamt in eine falsche Richtung lenken wird."

Kaum zu glauben, dass diese Worte ausgerechnet aus dem Munde von Winfried Kretschmann stammen. Und sein damaliger Mitstreiter und späterer Verkehrsminister Winfried Hermann legte noch eins drauf:

„Dieses Bahnhofsprojekt ist mit Abstand das größte, das teuerste, das riskanteste und das dümmste Projekt in der Geschichte der Eisenbahn!"

Aufgrund der Atomkatastrophe von Fukushima und ihrer kritischen Haltung zu Stuttgart 21 wurden die Grünen bei der Landtagswahl 2011 stärkste Fraktion und Kretschmann in einer grün-roten Koalition zum ersten grünen Ministerpräsidenten Deutschlands gewählt. Ausschlaggebend waren wohl die Stimmen der S21-Gegner, die quasi als Steigbügelhalter dienten und Kretschmann zu einer ungeahnten politischen Karriere verhalfen.

Nachdem Kretschmann sein Amt angetreten hatte, schrieb er sich die Worte „Bürgerbeteiligung" und „Direkte Demokratie" ganz groß auf die Fahnen. Demnach sollte aber das „Volk" zwar „gehört" aber nicht „erhört" werden.

In der sogenannten „Volksabstimmung" im Herbst 2011 sollte es darüber entscheiden, ob ein Gesetz erlassen werden soll, welches die Rücknahme der Landesbeteiligung an der Finanzierung von Stuttgart 21 vorschreibt. Es wurde nicht darüber abgestimmt, ob Stuttgart 21 gebaut werden soll oder nicht, obwohl dies fälschlicherweise immer wieder so dargestellt wird.

Durch unzählige Lügen, falsche Versprechungen, einseitige Geldspenden sowie unzulässige Einflussnahme durch Mandatsträger ist es den Projektbefürwortern mit allen nur denkbaren Tricks gelungen, das „Volk" auf ihre Seite zu ziehen und eine Mehrheit gegen den Gesetzentwurf zu erlangen. Daraufhin erklärte der grüne Teil der



Landesregierung, das Votum zu akzeptieren und den Bau von S21 „konstruktiv-kritisch" zu begleiten. Aber für Kretschmann ist „konstruktiv-kritisch" gleichbedeutend mit umfallen, sich den Projektbefürwortern anzuschließen und sich in sein Schneckenhaus zu verkriechen. **Er sah tatenlos zu, wie Schlossgarten und Südflügel unnötig zerstört wurden, wie weiterhin gelogen, betrogen und getrickst wurde. Bis heute wiederholt er immer wieder gebetsmühlenartig: „Das Volk hat es ja so gewollt, der Käs ist gegessen".**

Einen treuen Verbündeten für den Weiterbau von Stuttgart 21 fand Kretschmann in Joachim Gauck, dem heutigen Bundespräsidenten, für welchen es ja „schon fast ein Verbrechen" ist, Stuttgart 21 zu verhindern. Und selbst Kretschmanns Ehefrau Gerlinde stellte sich als Tunnelpatin zur Verfügung, nachdem sie ihre erheblichen Bedenken dagegen aufgegeben hatte.

Ende 2012 wäre Stuttgart 21 fast beendet worden, nachdem bekannt wurde, dass das Projekt zwei Milliarden mehr kosten sollte, als durch den damaligen Kostendeckel von 4,5 Milliarden vorgegeben. Nur durch das kriminelle Handeln des Bahn-Aufsichtsrates, des Bahn-Vorstandes und der damaligen Bundesregierung wurden die Mehrkosten durchgedrückt, um den Weiterbau sicherzustellen. Siehe hierzu auch den Artikel „Stuttgart 21 – Ausstieg jetzt!" in der letzten Ausgabe.

Die Bahn wollte die Mehrkosten aber nicht alleine tragen, sondern auch auf die übrigen Projektpartner abwälzen, darunter auch auf das Land Baden-Württemberg, und drohte sogar mit Klage. Die grün-rote Landesregierung erklärte aber „Mir gäbet nix", und wollte es beim Kostendeckel, d .h. bei dem vertragsmäßig vereinbarten Landeszuschuss von 931 Millionen Euro belassen.

Nach der letzten Landtagswahl im März 2016 wurden die Karten neu gemischt. Erstmals soll



aufgrund der Mehrheitsverhältnisse eine grün-schwarze Landesregierung gebildet werden, wobei der Juniorpartner CDU im Gegensatz zu den Grünen den Landeszuschuss (Kostendeckel) anheben möchte. Geschieht dies nicht, droht das Projekt aus Kostengründen zu scheitern. **Es bleibt daher abzuwarten, ob Kretschmann standhaft bleibt oder ein weiteres Mal umfällt. Es wird immer wieder betont, die Mittel seien knapp, aber für die CDU ist Stuttgart 21 offenbar wichtiger als Straßen, Kindergärten, Schulen etc.**

Und weil sich die Massen leicht blenden lassen, wurde Kretschmann zum „beliebtesten Politiker Deutschlands" gekürt, wohl eher wegen seiner charismatischen Übervaterfigur als wegen seiner politischen Leistungen. **Von dem kämpferischen Winfried Kretschmann, der im Jahr 2010 gegen S21 gewettert hatte, ist jedenfalls nichts mehr zu spüren.**

Deshalb gilt für uns auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

„Üppigster Geldregen aller Zeiten“

Löhne und Sozialausgaben runter, damit die Profite sprudeln

Der Abgasskandal hat riesige Löcher in den VW-Konzern gerissen und soll auf dem Rücken der Belegschaft ausgetragen werden. Nicht so für die Hauptaktionäre: Auf Druck des Aufsichtsrats mit VW-Boss Matthias Müller und Wolfgang Porsche wird die ursprünglich geplante Dividende von etwa 20 Cent auf einen Euro erhöht. Damit fließen allein an die Familie Porsche 300 Mio. Euro.

Nicht anders sieht es bei den Aktionären der 30 DAX-Konzerne aus. Bereits 2015 berichtete das wirtschaftsfreundliche Handelsblatt begeistert vom „üppigsten Geldregen aller Zeiten“, weil die 30 Konzerne 29,5 Milliarden an Profiten auszahlten, zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Dies war allerdings weniger als die Hälfte des Gesamtgewinns dieser Konzerne, der über 67 Milliarden Euro betrug (Handelsblatt, 24.3.2015).
Die private Aneignung des von den Beschäftigten erarbeiteten Gewinns durch die Kapitalbesitzer soll 2016 mindestens auf gleicher Höhe bleiben.

Das Handelsblatt schätzt die Aktienausschüttung für dieses Jahr auf 29,2 Milliarden Euro ein, der „zweitgrößten Summe in der deutschen Wirtschaftsgeschichte“ mit dem Spitzenreiter Daimler, der die Dividende um 33 Prozent erhöhte (Handelsblatt, 25.4.2016). **Dabei wird dieser Reich-tum unter immer weniger Personen aufgeteilt, sprich die Konzentration von Reichtum und (politischer) Macht in den Händen weniger nimmt weiter drastisch zu.** Hatten 2001 noch 12,8 Millionen Menschen Aktien, gab es 2014 nur noch 8,4 Mio. Aktienbesitzer.



Interessant daran sind zwei Dinge. Erstens provozieren die Metallunternehmer ihre Beschäftigten mit einem Tarifangebot von 0,9 Prozent und wollen die Reallöhne weiter senken. Zweitens wollen ihre Lobbyisten in der Bundesregierung mit Dobrindt an der Spitze Steuergelder in Milliardenhöhe für die Einführung von Elekro-Autos durchsetzen. Selbstverständlich ist auch Oppermann (SPD) für mehr Elektromobilität. Übrigens hat die SPD zusammen mit den Grünen für Besteuerung von Aktiengewinnen (Kapitalertragssteuer) drastisch von 42 auf 15 Prozent gesenkt, damit die Reichen fleißig an den Börsen spekulieren können – das Leben ist ja sonst so langweilig!

Dafür müssen selbstverständlich die Personal- und Sozialausgaben in den öffentlichen Kassen gesenkt werden, sonst klappt es mit Schäubles schwarzer Null nicht mehr.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Hannover: TTIP-Protest geht weiter!

DIE LINKE ist Teil des bundesweiten Bündnisses gegen TTIP und CETA

90.000 Menschen haben kurz vor Obamas Deutschland-Besuch in Hannover demonstriert – viel, viel mehr als erwartet. Ein Meer aus bunten Fahnen, Ballons, Papp-Figuren und Transparenten, Menschen aus der ganzen Breite der Gesellschaft. Das war das Ziel. Dies wurde erreicht!

Doch um TTIP und CETA endgültig zu Fall zu bringen, sind weitere Aktionen nötig.
> Vor dem Sonder-Parteikonvent der SPD im Sommer wollen Campact-Aktive die Delegierten in persönlichen Gesprächen davon überzeugen, Nein zu CETA zu sagen.
> Mit einem Volksentscheid in Bayern wird CETA zur Abstimmung durch die Bürgerinnen und Bürger gestellt.
> Für den 24. September sind gleich sechs Großdemos geplant: in Hamburg, Berlin, Köln, Frankfurt, Stuttgart und München oder Nürnberg.

Hier die Stationen im Einzelnen:
Anfang Juni oder im September entscheidet die SPD auf ihrem Parteikonvent, dem Kleinen Parteitag, ob sie Ja oder Nein zu CETA sagt.



Die Bundesspitze der Grünen trommelt lautstark gegen TTIP und CETA. Doch die Grünen in den Landesregierungen, wo sie mit am Kabinettstisch sitzen, ducken sich weg. Dabei müssten sie jetzt sagen: Im Bundesrat verweigern wir CETA die Zustimmung. Dann hätte CETA dort nicht die nötige Mehrheit. Wenn die Grünen sich bis Mitte Mai nicht klar äußern, werden TTIP-Gegner dies in den entscheidenden Ländern mit Online-Appellen und Aktionen vor Ort einfordern.
In Bayern soll CETA per Volksentscheid zur Abstimmung gestellt – und gleichzeitig die TTIP- und CETA-kritische CSU-Basis gegen ihre Parteioberen mobilisiert werden .

Am 24. September werden Großdemos in sechs Städten stattfinden: In Hamburg, Berlin, Köln, Frankfurt, Stuttgart und München oder Nürnberg sollen sich gleichzeitig Zehntausende gegen TTIP und CETA versammeln. Damit werden noch viel mehr Menschen ganz leicht an einer Demo teilnehmen können – und ihre Landesregierung in die Pflicht nehmen, im Bundesrat CETA und TTIP zu stoppen.

DIE LINKE ist Teil des bundesweiten Bündnisses von über 200 Organisationen und unterstützt den Kampf für unsere sozialen, demokratischen und Umweltrechte gegen die Konzerninteressen, egal welcher Nation!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Sanktionsfreie Grundsicherung statt Hartz IV

Drei Jahre hat Andrea Nahles (SPD) gebraucht, um ihre „Rechtsvereinfachung“ - das neunte Änderungsgesetz zu Hartz IV – auszuarbeiten. Bei der Vorstellung im Bundestag fehlte sie. 44 Prozent aller Hartz-IV-Bescheide sind nach wie vor falsch oder fehlerhaft, wie die Sozialgerichte in aufwändigen Verfahren feststellen müssen.

Noch 2009 bezeichnete Nahles die Hartz-IV-Gesetze als „Symbol für soziale Kälte“. Jetzt ließ sie nicht einmal Betroffene, Gewerkschaften und Sozialverbände zu den Beratungen zu! So ist auch der Kern ihrer „Rechtsvereinfachung“ vor allem eine klare Rechtsverschärfung. Statt für das soziale Grundrecht aller Menschen auf ein menschenwürdiges Existenz- und Teilhabeminimum einzutreten, sollen Hartz-IV-Bezieher noch schärfer sanktioniert werden: Wenn sie sich „sozialwidrig verhalten“ (§34 SGB II) und die „Hilfsbedürftigkeit aufrechterhalten, erhöhen oder nicht reduzieren“, müssen sie künftig Leistungen an das Jobcenter zurückzahlen.



Eine Kürzung um 30 Prozent bedeutet für einen voll Bezugsberechtigten, dass ihm pro Monat nur noch 282,80 Euro für alle Kosten außer der Miete und den Heizkosten bleiben,“ so Katja Kipping im Bundestag. Diese Verschärfung wird zu keiner Entbürokratisierung, sondern zu einer erhöhten Arbeitsbelastung in den Jobcentern führen, so die scharfe Kritik der Personalräte an der beratungsresistenten Sozialministerin Nahles.

DIE LINKE fordert die Abschaffung der menschenverachtenden Hartz-IV-Gesetze und die Einführung einer sanktionsfreien Grundsicherung von mindestens 1.050 Euro.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Berlin war diese Reise wert

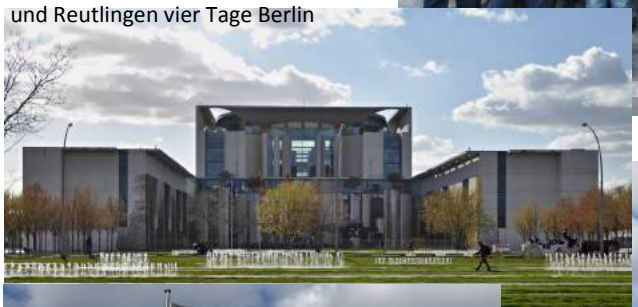
Informatives Gespräch mit Heike Hänsel im Bundestag



Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel, ***DIE LINKE***, besuchten Bürgerinnen und Bürger aus dem Raum Rottenburg, Tübingen und Reutlingen vier Tage Berlin



Nach dem Mittagessen vor der Vertretung Baden-Württembergs









Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Hoch wohnen und tief eingraben

Ein Lob auf schwäbischen Erfindergeist

Aus Kiebingen wird der Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche für den Bau der B28 beklagt. Interessant ist, zu welchen himmelstrebenden Gedanken Straßenbau anregen kann. (Siehe Rathausrunde in der Rottenburger Post vom 7. April 2016)



Es soll hier nicht das Hickhack um die B28 weitergeführt werden. Nur so viel: Was den einen die Trauer um den landwirtschaftliche Boden ist vielen die Freude über weniger Verkehr durch ihr Dorf, weniger dreckige Luft und weniger Lärm und weniger Verkehrsgefahren. Es muss jeder mit sich selbst ausmachen, welche Güter ihm mehr wert sind. Aber zurück zu den Gedanken.

Wenn schon kein Platz in der Fläche, dann muss eben in die Höhe gebaut werden dürfen. So richtig in die Höhe - nicht Hochhäusle sondern richtige wolkenkratzerähnliche Hochhäuser. Das Auge soll nicht durch so etwas wie ein Skylinele beleidigt werden. Das Wort ist kein Tippfehler sondern die schwäbische Verkleinerungsform von Skyline, so wie Bürgermeister zu Bürgermeisterle wird. Den Blick sollen, vor allem wenn man aus Richtung Kiebingen kommt, schöne -ziggeschossige Bauten erfreuen. Sollte sie ihre Vorstellungskraft verlassen, dann helfe ich ihnen mit einen Foto aus dem Jahre 2030 mit Blick nach Süden.

Der Befürworter der hohen Hochhäuser räumt ein, dass „ein Gewöhnungseffekt von Nöten“ sei. Aber warum sollten sich die Rottenburger nicht an hohe Hochhäuser gewöhnen müssen, wenn sich die Kiebinger mit einer nicht tiefer gelegten Bundesstraße abfinden sollen.

Nützen wir also die Ressource „luftige Höhe“ zum Wohnen und lassen wir der Kartoffel die dunkle Tiefe im Boden. Wo sollen aber die Autos fahren? - Klar - in Tunneln unter den Kartoffeln. Nicht umsonst schreibt man den Schwaben tüftlerischen Erfindergeist zu. Diese argumentative Kombination von Luftraum für gestapelte Wohnungen und Röhren für Autos wäre das nicht zu widerlegende Argument für die Kiebinger gewesen. Leider kam es zu spät.

Nur habe ich den Verdacht, dass die ganze Idee einem rachesüchtigen Köpfle entwichen ist, das den Rottenburgern fein eins auswischen möchte, nach dem Motto: Wie uns Kiebinger die B28 quälen wird, sollen euch Rottenburger die schnuckeligen Hochhäuser „erfreuen“.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:
Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Marktplatz
Samstag, 30. April 2016, 10.00 - 12.00 Uhr
Kommunaler Arbeitskreis *DIE LINKE* Rottenburg
Mittwoch, 4. Mai 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14
Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Metzelplatz
Samstag, 28. Mai 2016, 10.00 - 12.00 Uhr
Kommunaler Arbeitskreis *DIE LINKE* Rottenburg
Mittwoch, 1. Juni 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe: **Montag, 23. Mai 2016**

Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und und auf unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an



Gemeinderat Dr. Emanuel Peter
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion
Norbert Kern, 72108 Rottenburg - Wendelsheim
Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49